

**Offener Brief und persönliche Übergabe an:
KVB Kölner Verkehrsbetriebe GmbH – Frau Stefanie Haaks
Stadt Köln – Herr Oberbürgermeister Torsten Burmester**

Köln, 2.12.2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Burmester,
sehr geehrte Frau Haaks,

im Namen des Arbeitskreises Kölner Gesamtschulen Deutschlandticket und fast 9.000
Unterzeichnenden reichen wir hiermit die Petition **“Gerechte Ticketpreise für Kölner Schüler:innen
- Wahl statt Pflicht zum Deutschlandticket“** offiziell bei Ihnen ein.

Über 3.500 persönliche Kommentare zeigen, wie sehr Familien durch die erneute, drastische
Preierhöhung des Deutschlandtickets Schule belastet werden und wie emotional das Thema diskutiert
wird.

Unsere zentrale Forderung

**Wir fordern eine Wahlmöglichkeit zwischen Deutschlandticket Schule und einem fairen KVB-
Ticket für den ÖPNV statt der Verpflichtung zum DeutschlandTicket Schule. Oder alternativ
eine kommunale Subvention, die sicherstellt, dass Familien in Köln nicht weiter von den
jährlichen Erhöhung des Deutschlandtickets Schule belastet werden.**

Die Situation der Familien in Köln

a) Explodierende Kosten

Innerhalb von drei Jahren stiegen die Kosten von 23,50 € auf 43 €. Dies entspricht einem Plus von
83%, also fast einer Verdopplung der Kosten. Dieses Geld fehlt Familien für sonstige Ausgaben im
Bereich Schule und Bildung, die wie zum Beispiel Bücher und Klassenfahrten ebenfalls steigen, wobei
sich Gehälter nicht oder nur moderat entwickeln.

b) Mehrkinderfamilien, Alleinerziehende und Geringverdienende besonders belastet

Viele Eltern äußern enorme finanzielle Sorgen. Wer die Möglichkeit für BUT hat, wird natürlich weiter
unterstützt. Aber gerade Mehrkinderfamilien, Alleinerziehende und Geringverdienende fallen häufig
nicht unter die BUT-Berechtigung, kämpfen aber trotzdem monatlich mit gestiegenen Kosten in fast
allen Lebensbereichen.

c) Deutschlandweites Ticket überdimensioniert

Für die große Mehrheit der Schüler:innen ist das deutschlandweite Ticket überdimensioniert, da sie es
nahezu ausschließlich für den innerstädtischen Schulweg benötigen. Dies zeigt auch die bundesweite
Erhebung Ende 2024. Bezahlbare Alternativen wurden mit der Umstellung abgeschafft.

d) Mobilitätswende

Viele Eltern wollen oder müssen wieder auf das Auto ausweichen und ihre Kinder zur Schule fahren,
da dies aus ökonomischer Sicht für viele sinnvoller ist, als die Nutzung des ÖPNV.

Offizielle Erstattungsregelungen helfen in der Praxis kaum und benachteiligen viele Kinder

Es existiert die theoretische Möglichkeit, dass Familien Erstattung erhalten, wenn ihr Kind aufgrund einer Ablehnung nicht die nächstgelegene Schule besuchen kann und dadurch längere Wege entstehen. Doch dieses Argument erweist sich als realitätsfern und benachteiligt Kinder auf mehreren Ebenen:

a) Ablehnungen sind kein Ausnahmefall – sondern systembedingt

Gerade Gesamtschulen verzeichnen seit Jahren hohe Ablehnungsquoten. Viele Familien müssen daher Schulen wählen, die nicht die nächstgelegenen sind. Nicht aus Komfort, sondern mangels Alternativen.

b) „Nächstgelegene Schule“ entspricht nicht zwingend den pädagogischen Bedürfnissen des Kindes

Die schulische Passung wie Profil, Schwerpunkt, Lerntyp, Inklusion ist entscheidend für Bildungserfolg. Das System setzt Familien jedoch unter Druck, wenn sie auf Erstattung angewiesen sind.

c) Bauverzögerungen und Interimsstandorte erzeugen zusätzliche, unplanbare Wege

Viele Familien können ihre Schulwege nicht planen, weil die Stadt dies selbst nicht garantieren kann. Nur zwei Beispiele: Heliosschule (jahrelange Verzögerungen, Interimslösungen), Gesamtschule Lindenthal (zwei Standorte). Diese Fälle erzeugen zusätzliche Fahrtwege, die von Familien nicht beeinflussbar sind und für die es keine realistische Erstattungslogik gibt.

Uns ist bewusst:

1. Der Antrag der SPD-Fraktion zur Wiedereinführung des KVB-Schülertickets für Köln und Umgebung als Wahlmodell wurde 2024 abgelehnt. Offensichtlich u.a. auf Basis des Wunsches der Bezirksschülervertretung, das Deutschland Ticket zu behalten. Kölner Eltern wurden jedoch nicht dazu befragt, obwohl diese vermutlich in nahezu allen Fällen das Ticket zahlen.
2. Das Land NRW empfiehlt aufgrund der starken Ausgleichszahlungen des Landes das DeutschlandTicket Schule für die Kommunen (laut Runderlass vom März 2025). Aber die Entscheidung obliegt nach wie vor dem Schulträger, so dass Alternativen oder Ergänzungen möglich sein müssten.
3. Das VRS-Ticket für Schüler:innen soll zukünftig noch teurer als das Deutschlandticket Schule sein (46 Euro). Dies scheint ein politischer Schachzug, um das Deutschlandticket Schule sozusagen unter "Zwang" zu etablieren. Dieses Vorgehen stützt allein die Deutsche Bahn auf Kosten der Familien.
4. Es gibt eine Haushaltssperre für Köln. Doch zwingend notwendige Ausgaben müssen priorisiert werden. Mobilität für Kinder und Zugang zu Bildung gehören genau in diese Kategorie.

Andere Großstädte machen jedoch vor, wie gute, kommunale Familienpolitik gelingen kann.

Hamburg: Kostenloses Deutschland Ticket Schule

Berlin: Kostenlose Schülerticket

München: 365-Euro-Jahresticket für Schüler und Azubis im MVV (365 Euro pro Jahr)

Deshalb:

- **Schaffen Sie eine bezahlbare Lösung** für Kölner Familien – sei es über eine Alternative in Form eines fairen Preises für ein VRS/KVB-Ticket für den Nahverkehr oder eine zusätzliche Subvention des Deutschlandtickets Schule.
- **Entlasten Sie besonders die Gruppen, die jetzt schon finanziell am Limit sind:** Mehrkinderfamilien, Alleinerziehende, Menschen mit niedrigem Einkommen.
- **Stärken Sie die Mobilitätswende**, indem Sie das Gegenteil verhindern - nämlich dass Familien wieder ins Auto gezwungen werden.
- **Sorgen Sie dafür, dass Köln im Städtevergleich als familienfreundliche Metropole nicht weiter zurückfällt.**

Aufgrund des von den KVB Verkehrsbetrieben festgesetzten Kündigungstermins zum 10.12.2025 **bitte wir um schnellstmögliche Stellungnahme, spätestens jedoch bis zum 09.12.2025, so dass wir die Familien über Ihre Planung informieren können.**

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitskreis Gesamtschule Köln

Kontakt:

Sonja Lorscheidt

sonja.lorscheidt@gmail.com

Mobil 0176 473 471 70

Christine Kiauk

c.kiauk@gmx.de

Mobil 0173 270 93 78

Silvia Rick

silviarick_cologne@outlook.de

Mobil 0177 633 533 8

Anlagen:

- Auswertung der Petition und Themengewichtung der Kommentare (6 Seiten)
- Original Petitionstext und Unterschriften (2 von 180 Seiten)

Aus Umweltschutzgründen verzichten wir auf den vollständigen Ausdruck der Unterschriften und senden Ihnen die komplette Unterschriftenliste im Laufe des Tages per E-Mail.

PS:

Hier gelangen Sie zur Petition und den Kommentaren: **openpetition.de/!gmxml**